

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Entgegen der guten Tradition, dass der Heeker Bürgermeister den Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr in der letzten Ratssitzung des Jahres vorstellt, wurde der Haushaltsplanentwurf für 2019 in der ersten – eigentlich nicht eingeplanten - Ratssitzung des Jahres vorgestellt. Nun ja, das ist zwar ungewöhnlich, aber nicht verboten. Die Gemeindeordnung des Landes hat vorgesorgt. So etwas wie einen „Shutdown“ in den USA gibt es Gott sei Dank bei uns nicht.

Wenn aber das Datum für die Beschlussfassung über den Haushaltsplan bereits feststeht, dann ist es für die berufstätigen Ratsvertreter schon sportlich, wenn sie bis zur langfristig terminierten Klausurtagung nur acht Tage Zeit haben, um sich in ihrer Freizeit mit dem Haushaltsentwurf zu beschäftigen. Unsere sozialdemokratischen Ratskollegen hat es offensichtlich noch viel schlimmer getroffen. Sie konnten den Haushaltsplanentwurf 2019 erst Ende Februar beraten.

Der uns vorgelegte Haushaltsplan sieht ein Defizit von 589.460 Euro vor. Insgesamt gesehen ist der Haushaltsplan 2019 fiktiv ausgeglichen.

Für das Haushaltsjahr 2017 war ebenfalls mit einem Defizit gerechnet worden und zwar in Höhe von 1.255.000 Euro. Tatsächlich fiel das Ergebnis 2017 erneut besser aus als geplant, obwohl ca. eine dreiviertel Mio Euro an Steuern weniger eingenommen wurden als erwartet. Das Haushaltsjahr konnte mit einem Fehlbetrag von nur 225.000 Euro abgeschlossen werden. Zurückzuführen ist die Ergebnisverbesserung unter anderem darauf, dass die Gemeinde mehr Baugrundstücke verkauft hat als erwartet, in der Bilanz ausgewiesene Rückstellungen und Sonderposten aufgelöst wurden, deutlich weniger an Kreisumlage,

Jugendamts- und Gewerbesteuerumlage sowie in den Fonds Deutsche Einheit gezahlt werden musste. Für die Instandhaltung der gemeindeeigenen Grundstücke und Gebäude wurden 500.000 € weniger ausgegeben als vorgesehen. Aber hier gilt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Die Ausgleichsrücklage, die in den letzten Jahren auf Talfahrt gegangen war, setzt zwar nicht zu einem Gipfelsturm an, aber sie arbeitet sich bergauf.

Die geplanten Finanzergebnisse der Jahre 2020 bis 2022 stimmen optimistisch. So wird für die kommenden Jahre mit steigenden Einnahmen bei der Grundsteuer, der Gewerbesteuer als auch bei den Gemeindeanteilen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer geplant. Wir bekommen sogar weiterhin Schlüsselzuweisungen. Wenn auch nicht so viel wie in 2018 oder 2019.

Zu einer übermäßigen Euphorie besteht aber wohl kein Anlass! Die dargestellte gute Ertragssituation wird nämlich gespeist durch die gute konjunkturelle Situation.

Im Wesentlichen orientieren sich die erfreulichen Planzahlen des Kämmers für die kommenden Jahre an den Daten für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes NRW und diese wiederum an den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ aus Mai 2018. D.h., wenn der Bundesfinanzminister Anfang diesen Jahres bereits verkündet hat, dass die fetten Jahre vorbei sind, sollten wird die Planzahlen der kommenden Jahre mit einer gewissen Vorsicht genießen.

Gemeindefinanzierungsgesetz 2019

Auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 basiert auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“.

Nachdem im letzten Jahr die Schulpauschale um 30.000 Euro, die Sportpauschale um 20.000 Euro und die Investitionspauschale um

150.000 Euro erhöht worden sind, werden diese Pauschalen in 2019 unverändert gezahlt. Wie im letzten Jahr bekommt die Gemeinde Heek eine Schlüsselzuweisung. Für 2019 allerdings nur in Höhe von rd. 654.000 Euro. Erstmals wird über das Gemeindefinanzierungsgesetz unabhängig von der Finanzkraft einer Gemeinde, eine Aufwands- und Unterhaltungspauschale in Höhe von rd. 151.000 Euro gezahlt. Für diese Mittel muss keine Kreis- oder Landschaftsumlage gezahlt werden. Beim Programm „Gute Schule 2020“ wurde Frist zur Nachweisung der verausgabten Gelder von 30 Monaten auf 48 Monate verlängert.

Steuern

Wir können zufrieden sein, dass wir nicht so astronomische Hebesätze anwenden müssen wie andere Kommunen. Wir haben daher mit der Hebesatzsatzung für 2019 auch nur die geringen Anpassungen bei den fiktiven Hebesätzen des Landes NRW übernommen und belasten damit unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch unsere Gewerbebetriebe nicht über Gebühr, sondern in vertretbarem und maßvollem Rahmen.

Der limitierende Faktor auf allen staatlichen Ebenen ist – wie im Privaten – das Geld. Das gilt auch mit NKF. Unser Gemeinwesen – auch in Heek - können wir nur über Steuereinnahmen gestalten.

Fördermittel

Wer aber hat noch Spaß an der Kommunalpolitik, wenn nicht mehr selbst gestaltet werden kann. Wir sind mehr und mehr abhängig von Förderprogrammen des Bundes und des Landes. Damit steigen die Bürokratie und unser Spielraum wird kleiner. Hier muss ein Umdenken erfolgen.

Es kann nicht sein, dass die Anforderungen an Förderanträge ein Ausmaß erreichen, bei dem die Kommunen für die Beantragung und auch für die Nachweisführung externe Berater benötigen. Es kann auch nicht sein, dass Förderanträge nicht gestellt werden, wenn der

Aufwand für die Beantragung und Umsetzung von Fördermaßnahmen in keinem Verhältnis steht zu den beantragten Förderbeträgen. Außerdem werden die meisten Fördermittel nach dem Windhundprinzip vergeben. Da kann man auch ganz schnell auf der Strecke bleiben.

Im letzten Rathauspiegel konnten die Heeker Bürger lesen, dass die Gemeinde Heek im Mai 2018 von dem Programm „Soziale Integration im Quartier erfahren 2018“ erfahren hat. Zur Wahrheit gehört es aber auch, dass dem eine Anfrage der CDU-Fraktion vorausging. Damit haben wir leider einigen Mitarbeitern aus der Verwaltung vor und noch während der Sommerferien viel Arbeit bereitet, um kurzfristig noch einen Förderantrag auf den Weg zu bringen. Aber wenn wir dank dieses Einsatzes der Verwaltungsmitarbeiter die Erweiterung der Sporthalle an der Kreuzschule um einen Multifunktionsraum gefördert bekommen, so sollte dies dem Bürgermeister eine Einladung zum Frühstück wert sein.

Die Abhängigkeit von Fördermitteln wird auch an dieser Stelle wieder hinreichend deutlich. Allen Kommunen fehlen die finanziellen Mittel, um vor Ort das Notwendige umsetzen zu können. Was die Kommunen brauchen ist eine Stärkung ihrer Finanzen, mehr Handlungsfreiheit und mehr Eigenverantwortung.

Auch in baurechtlichen Angelegenheiten, die dem Gemeinderat zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens vorgelegt werden, fragt man sich als Ratsmitglied schon manchmal nach dem Sinn dieser Übung, wenn dieses Einvernehmen eigentlich nicht versagt werden kann bzw. darf. Es ist daher durchaus verständlich, dass erst recht der unbeteiligte Bürger, diese Erteilung eines Einvernehmens nicht nachvollziehen kann. Denn er muss davon ausgehen, dass der Gemeinderat sehr wohl eine andere Entscheidung hätte treffen können. Tatsächlich gibt es nur in einigen wenigen Fallgestaltungen einen Ermessensspielraum, aber keinen Gestaltungsspielraum.

Jahresabschluss 2018

Wenn es um das gerade abgeschlossene Haushaltsjahr 2018 geht, so macht unser Bürgermeister regelmäßig einen äußerst zufriedenen Eindruck. Genaue Zahlen zum Ergebnis des Jahres 2018 wollte unser Bürgermeister bisher nicht wirklich preisgeben. Die Nachfrage beim Kämmerer ergab: die Gewerbesteuereinnahmen sind in 2018 deutlich höher ausgefallen als geplant. Hinsichtlich dieser Frage wollen wir uns einmal den Vorbericht zum Haushaltsplan 2019 etwas näher anschauen. Dort fallen zwei Zahlen auf: Ein in 2019 zu leistender Nachzahlungsbetrag von rd. 190.000 Euro bei der Gewerbesteuerumlage und ein weiterer Nachzahlungsbetrag von 150.000 Euro beim Fonds Deutsche Einheit. Basis für die Berechnung dieser Umlagebeträge ist der Gewerbesteuermessbetrag. Von diesen beiden Nachzahlungsbeträgen ausgehend kann man das Gewerbesteuermehrergebnis des Jahres 2018 problemlos ermitteln. So kommen wir dann für 2018 auf eine Gewerbesteuermehreinnahme von grob gerechnet rd. 2,2 Mio Euro.

Welch eine Überraschung. Weshalb kann der Bürgermeister dieses Ergebnis nicht offen kommunizieren, wenn es jeder aus dem Vorbericht ableiten kann?

Wenn die Heeker Firmen vom Wirtschaftsboom profitieren, dann profitiert zum Glück jetzt auch die Gemeinde Heek.

Aber wie man sieht, hat dieser freudige Umstand auch einen Haken, denn 340.000 Euro gehen sofort als Umlagen wieder weg. Und auch der Kreis Borken wird in 2020 auf Basis der Steuereinnahmen 2018 die Kreis- und Jugendamtsumlage berechnen.

Umlagen 2019

Alljährlich bietet der erste Blick in den Haushaltsplan dasselbe Bild. Ein Großteil der Einnahmen geht in die zu leistenden Umlagen. Von den geplanten Steuereinnahmen des Jahres 2019 in Höhe von rd. 11 Mio Euro muss die Gemeinde Heek rd. 6,2 Mio Euro als Transferleistungen

für die Kreisumlage, Jugendamtsumlage, Gewerbesteuerumlage und die Umlage für den Fonds Deutsche Einheit abgegeben müssen.

Bereits für 2019 wurde der Zahlbetrag der Gemeinde Heek in den Fonds Deutsche Einheit um 43.404 Euro reduziert. Und ab 2020 fällt diese Umlage komplett weg und Heek ab 2020 um 347.000 Euro entlastet.

Wir alle wissen, dass aufgrund gesetzlicher Regelungen alle kreisangehörigen Kommunen diese Lasten zu tragen haben. Und die kreisangehörigen Kommunen im Kreis Borken haben noch Glück, denn der Kreis Borken erhebt weiterhin die niedrigste Kreisumlage in ganz NRW und hat diese für 2019 gegenüber 2018 noch gesenkt. Die Jugendamtsumlage wurde nur um 0,1 Prozentpunkt erhöht.

Die Kreis- und die Jugendamtsumlage werden im Wesentlichen bestimmt durch die Umlage des Landschaftsverbandes i.H.v rd. 87 Mio Euro sowie die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe, die sich nicht wegdiskutieren lassen. Für 2019 plant der Kreis Borken insgesamt mit Transferaufwendungen in diesem Bereich in Höhe von rd. 370 Mio Euro. Bei der Jugendamtsumlage und der Landschaftsumlage handelt es sich letztlich um eine Art Solidarpakt der kreisangehörigen Kommunen. Die Gemeinde Heek, aber auch alle anderen kreisangehörigen Kommunen können froh sein, dass diese Kosten über diesen Solidarpakt getragen werden.

In diesem Zusammenhang verwundert es schon, wenn gerade von Sozialdemokraten suggeriert wird, dass aufgrund der hohen Umlageaufwendungen des Kreises - also der hohen Soziallasten - die Bedeutung der Gewerbesteuer als Einnahmeposition der Gemeinde Heek völlig überschätzt wird und diese Ansicht - wie wir erfahren durften - offenbar auch im Gespräch mit Heeker Unternehmern vertreten wird.

Ich gehe aber davon aus, dass die Heeker Sozialdemokraten hier eine Einzelmeinung vertreten, denn noch 2013 forderte die Bundes-SGK: „Hände weg von der Gewerbesteuer.“ Ich habe nicht feststellen

können, dass sich seither etwas an dieser Meinung der SGK geändert hat.

Investitionen

Insgesamt plant die Gemeinde in 2019 investive Maßnahmen in Höhe von rd. 9,8 Mio Euro, denen aber Zuwendungen, insbesondere Landeszuweisungen in Höhe von 4,6 Mio Euro gegenüberstehen. Das verbleibende Plus aus der Gewerbesteuer 2018 kann die Gemeinde gut gebrauchen.

Trotz der guten Zahlen plant der Kämmerer für 2019 mit einer weiteren Kreditaufnahme von drei Mio Euro. Die SPD-Fraktion wünscht hier eine Reduzierung des Haushaltsansatzes auf zwei Mio Euro.

Doch wofür ist diese Kreditaufnahme erforderlich? Im Wesentlichen wird dieser Betrag für den Grundstückserwerb benötigt. Im Haushalt finden wir einen Ansatz von 2,5 Mio Euro für den Grunderwerb. Auch diesen Ansatz möchte die SPD-Fraktion auf zwei Mio Euro kürzen.

Haushaltsansätze sind Ausgabeermächtigungen für die Verwaltung und den Bürgermeister. Diese 3 Mio Euro, die im Haushaltsplan 2019 stehen, standen bereits im Haushaltsplan 2018. Wurden aber nicht ausgegeben. In 2018 war dieser Ansatz für die SPD noch in Ordnung, in 2019 nicht mehr. Da soll einer schlau draus werden.

Anders als in vielen anderen Kommunen hat die Gemeinde Heek nur Kredite für Investitionen aufgenommen. Den Krediten stehen somit Werte gegenüber. Wir investieren in die Zukunft von Heek. Es gibt keine Kassenkredite.

Feuerwehr

Für die Feuerwehr sind Neuanschaffungen bei Fahrzeugen und Ausrüstung in Höhe von 585.000 Euro geplant.

Gewerbegebiete

Der Abbruch der ehemaligen Hülsta-Hallen geht momentan fast unmerklich vonstatten. Die ersten Grundstücke sind bereits vergeben. Ein Grundstück wird bereits bebaut. Mit dem Bau des neuen DRK-Kindergartens direkt neben dem neuen Baumarkt wird noch in diesem Jahr begonnen.

Im Haushaltsentwurf 2019 eingeplant sind die Kosten für die Erschließung des Gewerbegebietes auf dem Hülsta-Gelände in Höhe von eine Mio. Euro. Die Klärung der verkehrlichen Erschließung ist für die weitere Vermarktung der Grundstücke von erheblicher Bedeutung.

Straßenbaumaßnahmen

Für die Sanierung der Schulstraße, der Windmühlenstraße und der Straße Zum Kindergarten waren im ersten Haushaltsplanentwurf 450.000 Euro eingestellt, um nach einer zu Ostern angekündigten Entscheidung der Landesregierung in Düsseldorf zu § 8 KAG sofort mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Weil eine Realisierung der Baumaßnahme in den Sommerferien 2019 nicht umsetzbar ist, hat die Verwaltung beschlossen, diese Haushaltsposition komplett zu streichen.

So wird es wohl dazu kommen, dass in 2019 keine einzige Straße in Heek ausgebaut wird, obwohl hier dringender Handlungsbedarf besteht. Die Prioritätenliste des Bürgermeisters ist lang.

Ein weiteres Schieben des Ausbaus der Straßen Zum Kindergarten, Schulstraße und Windmühlenstraße macht keinen Sinn. Die Planungen sind abgeschlossen. Damit die Straßen an der Grundschule in Nienborg auch wirklich in den Sommerferien 2020 ausgebaut werden können, hat die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe der Kosten für den Ausbau dieser Straßen in 2020 in den Haushalt 2019 einzustellen.

Wie sich die Diskussion um den § 8 KAG entwickeln wird, ist noch völlig offen.

Natürlich gibt es einzelne Härtefälle in der Anwendung des § 8 KAG. Ich kann auch jeden verstehen, der eine Entscheidung in der aktuellen Diskussion abwarten möchte. Wer aber die Abschaffung des § 8 KAG fordert, sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass irgendjemand diese Anliegerbeiträge wird bezahlen müssen. Wenn der Bund der Steuerzahler lapidar feststellt, dass ja genug Geld da sei, dann ist das heiße Luft und fällt m.E. in die Kategorie Populismus. Wer aber profitiert von der Abschaffung des § 8 KAG? Natürlich profitieren alle Grundstückseigentümer, die in den eigenen vier Wänden wohnen. Ganz besonders profitieren aber die großen Wohnungs- und Immobilienkonzerne sowie die vielen Immobilienunternehmer, denen in deutschen Großstädten ganze Straßenzüge gehören. Die 20 reichsten Prozent (gemessen am Immobilienbesitz) besitzen 75 Prozent des gesamten Immobilienvermögens in Deutschland. Wer soll also die anteiligen Straßenausbaukosten tragen, wenn der § 8 KAG gestrichen wird? In Bayern gibt es bereits Überlegungen, dass die Kosten zumindest teilweise über eine höhere Grundsteuer refinanziert werden müssen. Dann zahlen am Ende die Mieter die Zeche. Angesichts dieser Tatsache, hat es mich schon überrascht, dass auch die SPD in Nordrhein-Westfalen auf diesen Zug aufgesprungen ist. Weshalb hat die SPD die Straßenbaubeiträge in sieben Jahren rot-grün nicht abgeschafft?

Im Haushaltsentwurf 2019 findet sich wie auch in 2018 ein Betrag von 35.000 Euro für den Ausbau von Blumenstraße und Krummenkamp. Der Ausbau dieser beiden Straßen muss ebenfalls zurückgestellt werden, bis geklärt ist, wer für die Kosten aufkommen muss. Ähnlich verhält es sich bei der Ahler Straße und der Brinkstraße. Auch hier muss geklärt werden, in welchem Umfang bzw. ob sich die Anwohner an den Ausbaukosten beteiligen müssen. Bereits im Februar letzten Jahres hatte die CDU eine Verkehrsplanung für die Brinkstraße beantragt. Im September wurde die Verwaltung beauftragt ein Planungsbüro zu beauftragen, um eine Verkehrslösung für die Ahler Straße und die Brinkstraße zu erarbeiten. Um zeitnah in 2020 eine Sanierung

durchführen zu können, haben wir beantragt, die Planungskosten in 2019 in den Haushaltsplan aufzunehmen. Aus rein logistischen Gründen macht es mehr Sinn, die Umgestaltung der Bereichs um den Eppingschen Hof mit der Sanierung von Brinkstraße und Ahler Straße zu verbinden.

Kurz gefasst sollte die Abfolge lauten: Stiege-Straße-Marktplatz

Schulen

Die Gemeinde investiert in die Zukunft unserer Kinder. Die Ausstattung unserer Schulen - auch mit digitaler Technik - hält jeden Vergleich stand und wird auch weiter an die Bedürfnisse der Schüler und Lehrer angepasst.

Für Ausstattung und bauliche Investitionen an den Heeker Schulen werden im Haushaltsplan rund 300.000 Euro bereitgestellt.

Vereine

Der CDU ist es immer ein Anliegen gewesen, die Vereine und ihre Ehrenamtlichen zu unterstützen. Daran werden wir auch künftig festhalten. Auch deshalb hat die CDU-Fraktion im letzten Jahr die Einführung der Ehrenamtskarte beantragt. Die Sportförderrichtlinien wurden angepasst. Und es ist weit mehr als eine optische Verbesserung, wenn sich die Gemeinde z.B. an den Sanierungskosten eines Umkleidegebäudes oder den Baukosten einer Lagerhalle beteiligt. Die Unterstützung bei den Planungen für ein Dorfgemeinschaftshaus und die Klärung der Frage, wie es mit dem Spielfeld 2 weitergeht, sind auch ein Zeichen der Wertschätzung, die damit den dort ehrenamtlich tätigen Personen entgegengebracht wird.

Anträge der CDU-Fraktion

Mit den Beratungen der Ausschüsse in den vergangenen Wochen hat die CDU mehrere Anträge zum eingebrachten Haushaltsentwurf gestellt.

Repowering

Im letzten Jahr hat die CDU-Fraktion nochmals den Antrag gestellt, endlich die Frage zu klären, ob sich ein Repowering des Windrades an der Kläranlage lohnt. Die Antwort auf unsere diesjährige Anfrage lautet: Es gibt kein Ergebnis. Das angeforderte Gutachten und die Wirtschaftlichkeitsberechnung liegen noch nicht vor.

Wohnbauentwicklung

Die Gemeinde unterstützt junge Familien mit günstigen Wohnbaugrundstücken und wir wollen dafür Sorge tragen, dass dies auch künftig noch möglich ist. Daher hat die CDU-Fraktion bereits im letzten Jahr beantragt, den Ankauf geeigneter Flächen zu prüfen. Denn oftmals ist es ein langer Weg von den ersten Gesprächen mit den Eigentümern der Flächen, die die Gemeinde als Bauland ausweisen möchte, bis zur Baureife der neuen Baugrundstücke.

Zu unser aller Überraschung wurde im letzten Rathausspiegel mitgeteilt, dass schon in ca. zwei Jahren sowohl in Heek als auch in Nienborg baureife Grundstücke zur Verfügung stehen sollen.

Mit dem Ausweis von Neubaugebieten ist auch immer die Frage verbunden, wo und wie Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden können. Statt Ökopunkte zu kaufen, haben wir beantragt zu prüfen, inwieweit eine Renaturierung der Dinkel zwischen Heek und Nienborg als Ausgleichsmaßnahme dienen kann. Gleichzeitig könnten in Verbindung mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie Fragen des Hochwasserschutzes geklärt werden.

So wie es erforderlich ist, Neubaugebiete in Heek und Nienborg auszuweisen, so ist es auch erforderlich die Ortskerne im Blick zu behalten. Mit der Vorkaufsrechtssatzung hat sich die Gemeinde strategisch positioniert, mit „Jung kauft Alt“ fördert die Gemeinde den Erwerb von Altbauten. Es gibt aber Immobilien in Heek und Nienborg, die hiervon unabhängig Entwicklungspotenzial für die Gemeinde und über

Förderprogramme auch Chancen für die Eigentümer bieten. Deshalb hat die CDU beantragt, dass der Bürgermeister in geeigneten Fällen Gespräche mit den Eigentümern führt.

Ich denke, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag auf Ausweitung der Vorkaufsrechtsatzung hier aufsatteln möchte. Aber was nützt ein Vorkaufsrecht, wenn gar nicht verkauft wird.

Prioritätenliste

Die Abarbeitung einer Prioritätenliste gelingt in den seltensten Fällen Punkt für Punkt. Prioritäten können sich aus den verschiedensten Gründen verschieben. Es gibt immer wieder Aufgaben, die nicht vorhersehbar sind, aber plötzlich dazwischengeschoben werden müssen. So mussten auf der Prioritätenliste unseres Bürgermeisters im letzten Jahr die Planungen für den Bau eines Kindergartens und die Sanierung des Sanitärtraktes beim SV Heek eingeschoben werden. Es kann immer wieder vorkommen, dass Punkte aus einer Prioritätenliste vorgezogen oder nach hinten geschoben werden. So haben wir den Umbau der Sporthalle zu einer Versammlungsstätte bereits nach 2020 verschoben, um Fördermittel zu beantragen. Die Heizungsanlage an der Kreuzschule wurde noch nicht erneuert, weil zunächst das Klimaschutzkonzept erarbeitet werden soll.

In 2020 sollen die Sanierung von Brinkstraße, Ahler Straße und das Umfeld des Eppingschen Hofes erfolgen. Die Schulstraße, die Windmühlenstraße und die Straße Zum Kindergarten wurden nach 2020 geschoben. Die Blumenstraße und Krummenkamp sollten eigentlich auch schon in 2019 ausgebaut werden. Der Endausbau des Baugebietes Strothbach sollte nach 2019 vorgezogen werden. Jetzt soll doch erst in 2020 begonnen werden. Ob die für 2019 vorgesehene Erschließung der ehemaligen Hülsta-Fläche in 2019 vollständig abgeschlossen werden kann, wird sich zeigen. Und die Ampelanlage auf der Kreuzung B70/Autobahnanschluss soll nun doch in 2019 erstellt werden. Auch sie wurde von 2018 nach 2019 geschoben.

Die Planungen für den Endausbau für ein Teilstück der Schöppinger Str./Ecke Tannenkamp sind abgeschlossen und könnten in 2020 umgesetzt werden. Der Ausbau der Bischoff-Hermann-Straße war auch mal für 2019 vorgesehen. Hinzu kommen Planungen für ein Dorfgemeinschaftshaus in Nienborg, einen Kunstrasenplatz für die Fußballvereine, Planungen für eine Neubaugebiet auf dem Spielfeld 5 am Vossberg, für Baugrundstücke an der Kreuzschule, ein Lagergebäude für die KAB. Laut Prioritätenliste der Kreuzschule sollen dort in 2020 die Außenanlagen neugestaltet werden. Es wird sportlich für die Gemeindeverwaltung. Und wenn irgendetwas Unvorhergesehenes zu dieser Liste hinzukommt, dann steht nächstes Jahr um diese Zeit hinter dem ein oder anderen dieser Projekte nicht die Jahreszahl 2020, sondern 2021 oder 2022.

Wie auch die SPD-Fraktion aus einer Vorlage entnehmen konnte, die wir in der letzten Bauausschusssitzung hatten, müssten viele Bebauungspläne der Gemeinde Heek eigentlich an die Erfordernisse der heutigen Zeit angepasst werden. Sie bieten heute noch bauliche Möglichkeiten die u.U. aus städtebaulichen Gründen nicht gewünscht sind. „Die Überarbeitung der Bauleitpläne der Gemeinde Heek in größerem Umfang ist jedoch aufgrund der personellen Situation nicht möglich.“

Stellenplan

Gerade weil das Bauamt in besonderem Maße mit all diesen Projekten befasst ist, haben wir im letzten Jahr mit der Verabschiedung des Haushalts 2018 den Stellenplan des Bauamtes um 1,5 Stellen angehoben. Im September wurde dann endlich die halbe Stelle besetzt. Die weitere ganze Stelle ist bis heute nicht besetzt, weil sich im Rathaus kein Platz für einen Schreibtisch finden lässt. Wenn alle Raumreserven ausgeschöpft sind, besteht Handlungsbedarf. Nach den Vorstellungen unseres Bürgermeisters reicht ein weiteres Zusammenrücken der Verwaltungsmitarbeiter als Problemlösung aus. Die Verlagerung von Aufgaben an externe Dienstleister ist kein Allheilmittel. Das Bauamt muss bei Standardleistungen auch ohne externe Dienstleister kurzfristig

handlungsfähig sein. Und wie sich bei der Vergabe der Höhenvermessung wegen eines möglichen Hochwasserrisikos aufgrund der Versandung der Dinkel gezeigt hat, auch nicht immer so einfach.

In Anbetracht der Aufgabenfülle des Bauamtes in den kommenden Jahren muss eine dauerhafte Lösung der Raumprobleme gefunden werden.

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde hinreichend deutlich, dass die Gemeindeverwaltung räumlich an ihre Grenzen stößt. So hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in den letzten 5 Jahren deutlich erhöht und wird, wie in allen öffentlichen Verwaltungen, noch zunehmen. Da unser Bürgermeister das bestehende und auch erkannte Raumproblem nur halbherzig angeht, sehen wir es daher für erforderlich an, die Verwaltung mit der Erstellung einer Planung und Kostenkalkulation für eine Erweiterung des Rathauses zu beauftragen. Die Gemeindeverwaltung muss sich allen künftigen Aufgaben auch raumtechnisch stellen können.

Um die offene Planstelle im Bauamt unverzüglich zu besetzen, könnte das Trauzimmer vorübergehend zu Bürozwecken genutzt werden. Mit mehr Manpower dürfte nicht nur die erforderliche Rathuserweiterung möglich sein. Auch die genannten Aufgaben könnten zügiger bewältigt werden.

Bereits im letzten Jahr haben wir darauf hingewiesen, dass die Personalsituation am Bauhof als problematisch angesehen werden muss. Mit der Ausweisung der Neubaugebiete in Heek und Nienborg, der Erweiterung der Kreuzschule und dem Erwerb von Immobilien für Flüchtlinge und Asylbewerber sind zusätzliche Aufgaben auf die Bauhofmitarbeiter zugekommen.

Immer öfter hört man Klagen, dass z.B. Baumbeete nicht gepflegt werden und andere wichtige Arbeiten aus dem Aufgabenbereich des

Bauhofes unerledigt bleiben. Heek hat inzwischen über 8700 Einwohner. Heek wächst, aber der Bauhof nicht.

Um den heutigen Erfordernissen und auch Ansprüchen des Bürgers gerecht zu werden, ist die Vergabe von Einzelaufgaben an externe Dienstleister unumgänglich. Nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sind öffentliche Leistungen des Bauhofes beim Bauhof zu belassen, wenn die betriebsinternen Kosten niedriger sind als der Brutomarktpreis bei einer Vergabe. Daneben sind ein Vergleich und eine Bewertung der Bauhofleistungen zu Marktpreisen der regionalen Anbieter erforderlich.

Neben der Frage, welche Leistungen in welchem Umfang vergeben werden sollen, auch die Frage nach der Verfügbarkeit eines privaten Anbieters.

Zur Klärung der Frage, ob die im Stellenplan ausgewiesenen sieben Stellen des Bauhofes ausreichend und angemessen sind, wäre eine aufwändige Wirtschaftlichkeitsanalyse für den Bauhof der Gemeinde Heek erforderlich. Eine solche Analyse ist nicht kostenlos und dürfte zudem einen nicht unerheblichen Aufwand am Bauhof und in der Verwaltung verursachen.

Eine bedarfsgerechte zusätzliche Stellenbesetzung am Bauhof dürfte ohne Zweifel Einsparungen bei den aktuellen Kosten für externe Dienstleistungen bringen. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass Aufgaben des Bauhofes zeitnaher erledigt werden können. Zwecks Evaluierung von Kosten und Nutzen beantragen wir, im Stellenplan für den Bauhof eine auf zwei Jahre befristete zusätzliche Stelle auszuweisen und noch in diesem Jahr auszuschreiben.

Die CDU-Fraktion wird den Haushaltsplan nicht ablehnen, nur weil uns etwa ein Ziel oder eine Kennzahl in irgendeinem Produktbereich fehlt oder nicht gefällt. Oder weil uns der Ansatz für die Kreditaufnahme zu

hoch erscheint. Auch das Fehlen irgendwelcher Sparvorschläge einer anderen Fraktion rechtfertigt ein solches Verhalten nicht. Es wäre respekt- und verantwortungslos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde.

In diesem Jahr stehen die Wahlen zum europäischen Parlament an. Ich glaube, es ist eine wichtige Wahl und wir alle sollten hingehen. Ich lese und höre immer wieder von den guten Erfolgsaussichten der nationalistischen und populistischen Parteien bei den Europawahlen, obwohl sie eigentlich ein gemeinsames Europa ablehnen. Auch sie spielen wie die Brexit-Befürworter in Großbritannien mit dem einfachen Nein zu Europa. Es gibt aber kein einfaches Nein und auch keine einfaches Ja. Ich wüsste nichts Besseres als dieses gemeinsame Europa. Dieses Europa hat mit Sicherheit Fehler wie z.B. das Einstimmigkeitsprinzip. Diese Fehler gilt es zu beseitigen oder zumindest zu reduzieren. Das wird nicht einfach werden. Auch in Deutschland geht die Zukunftsangst um. Politik wird nicht mehr zum Streit um neue Ideen, Inhalte oder Positionen. Andere Motive treten an deren Stelle: Protestieren und Denkmäler. Emotionen ersetzen rationale Entscheidungen.

Mir bleibt zum Schluss, mich im Namen unserer Fraktion bei unserem Bürgermeister, unserem Kämmerer und allen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung zu bedanken, die an der Erstellung des Haushalts mitgewirkt haben.